

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes.
Die englische Fassung ist massgebend.]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen CV96-4849

Auszahlungsentscheid

zu Gunsten des Ansprechers [ANONYMISIERT]

betreffend das Konto von Selma Lamberg

Geschäftsnummer: 501230/AK

Zugesprochener Betrag: 49'375.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von [ANONYMISIERT] (der „Ansprecher“) auf das veröffentlichte Konto von Selma Lamberg (die „Kontoinhaberin“) bei der [ANONYMISIERT] (die „Bank“) eingereichte Anspruchsanmeldung.

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher, wie im vorliegenden Fall, um Geheimhaltung gebeten, wurden der Name des Ansprechers und die Namen der Verwandten des Ansprechers mit Ausnahme des Namens des Kontoinhabers sowie der Name der Bank anonymisiert.

Vom Ansprecher eingereichte Informationen

Der Ansprecher reichte eine Anspruchsanmeldung ein, in der er die Kontoinhaberin als seine Mutter, Selma Lamberg, geb. Ehrenstein, die am 7. November 1878 in Gödingen, Mähren (heutiges Hodonin, Tschechische Republik) geboren wurde und am 16. Januar 1918 in Wien, Österreich, [ANONYMISIERT] heiratete, identifizierte. Der Ansprecher gab an, seine Mutter, die jüdischer Abstammung gewesen sei, sei Hausfrau gewesen und bis 1938 am Feilplatz 3/14 in Wien wohnhaft gewesen. Er gab an, seine Mutter habe von 1939 bis 1943 verschiedene Anschriften in Wiener Ghettos gehabt. Er sei ein Einzelkind gewesen und seine Eltern seien 1943 nach Theresienstadt und 1944 nach Auschwitz deportiert worden, wo sie umkamen.

Zum Nachweis seines Anspruchs reichte der Ansprecher seine Geburtskurkunde ein, die am 5. November 1993 von der jüdischen Gemeinschaft in Wien ausgestellt wurde und aus der hervorgeht, dass seine Eltern [ANONYMISIERT] and Selma Lamberg hiessen und am Feilplatz 3 in Wien wohnhaft waren. Der Ansprecher reichte zudem einen Erbschein ein, der am 16. März 1949 von der Stadt Wien ausgestellt wurde und aus dem hervorgeht, dass der Ansprecher der Alleinerbe des Nachlasses des per 8. Mai 1945 für tot erklärten [ANONYMISIERT] war.

Der Ansprecher gab an, er selbst sei am 31. Dezember 1918 in Wien geboren.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Die Bankunterlagen bestehen aus Auszügen aus dem Eröffnungs- und Schliessungsregister der Bank für Nummernkonten. Gemäss diesen Unterlagen war die Kontoinhaberin die in Wien, Österreich, wohnhafte Frau Selma Lamberg. Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass die Kontoinhaberin ein Nummernkonto besass, dessen Art nicht aufgeführt ist und das unter der Bezeichnung 61983 geführt wurde. Das Konto wurde laut Bankunterlagen am 8. März 1938 mittels eines Übertrags aus einem Konto, das auf den Namen der Kontoinhaberin lautete, eröffnet. Aus den Bankunterlagen geht weiter hervor, dass das Konto am 21. September 1938 mittels Übertrag auf die Länderbank in Wien, Österreich, geschlossen wurde. Es ist nicht bekannt, welches Guthaben sich zum Zeitpunkt des Übertrags auf dem Konto befand.

Informationen aus dem Österreichischen Staatsarchiv

Am 26. April 1938 gab das nationalsozialistische Regime den Erlass heraus, der alle Juden, die im Reich lebten und/oder die Bürger des Reichs, einschliesslich Österreich, waren und ein Vermögen über einem bestimmten Wert besaßen dazu verpflichtete, ihr Vermögen registrieren zu lassen („Vermögensverzeichnis von 1938“). Die Unterlagen des Österreichischen Staatsarchivs (Archiv der Republik, Finanzen) enthalten Dokumente über das Vermögen von Selma Lamberg mit der Nummer 30784. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass Selma Lamberg am 7. November 1878 geboren wurde, dass sie am Feilplatz 3 in Wien lebte und dass sie in Rente war. Weiter ist ersichtlich, dass Selma Lamberg mehrere Wertpapiere im Wert von 6'957.00 Reichsmark, Vermögenswerte in Bar in der Höhe von 12'830.00 Reichsmark sowie eine Rente im Wert von 14'550.00 Reichsmark besass. In diesen Unterlagen, die am 7. Juli 1938 von Selma Lamberg unterzeichnet wurden, findet sich kein Hinweis auf Vermögenswerte in Schweizer Bankkonten.

Analyse des CRT

Identifikation der Kontoinhaberin

Der Ansprecher hat die Kontoinhaberin plausibel identifiziert. Der Name, Wohnort und das Wohnsitzland der Mutter des Ansprechers stimmen mit dem veröffentlichten Namen, dem Wohnort und dem Wohnsitzland der Kontoinhaberin überein. Zum Nachweis seines Anspruchs reichte der Ansprecher unter anderem seine Geburtsurkunde ein, aus der hervorgeht, dass seine Mutter die in Wien wohnhafte Selma Lamberg war und erbrachte damit den unabhängigen Nachweis, dass die angebliche Kontoinhaberin den gleichen Namen trug und in der gleichen Stadt lebte wie die in den Bankunterlagen als Kontoinhaberin aufgeführte Person.

Darüber hinaus stellt das CRT fest, dass eine Datenbank mit den Namen von Opfern nationalsozialistischer Verfolgung eine Person namens Selma Lamberg enthält und ausweist,

dass diese am 7. November 1878 in Wien geboren wurde, was mit den vom Ansprecher eingereichten Informationen übereinstimmt. In der Datenbank sind Namen aus verschiedenen Quellen einschliesslich der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel erfasst.

Das CRT stellt ausserdem fest, dass der Name Selma Lamberg nur einmal in der im Februar 2001 veröffentlichten Liste mit den Konten, die gemäss dem ICEP wahrscheinlich oder möglicherweise Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gehörten, aufgeführt ist. Schliesslich stellt das CRT fest, dass es keine weiteren Anspruchsanmeldungen auf dieses Konto gibt.

Status der Kontoinhaberin als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Der Ansprecher hat plausibel aufgezeigt, dass die Kontoinhaberin Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Der Ansprecher erklärte, die Kontoinhaberin sei jüdischer Abstammung gewesen und sei zusammen mit ihrem Gatten in Auschwitz umgekommen. Wie bereits oben erwähnt, ist der Name Selma Lamberg in der Opferdatenbank des CRT aufgeführt.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Ansprecher und der Kontoinhaberin

Der Ansprecher hat plausibel dargelegt, dass er mit der Kontoinhaberin verwandt ist, indem er spezifische Informationen und Dokumente eingereicht haben, aus denen hervorgeht, dass die Kontoinhaberin seine Mutter war. Diese Dokumente umfassen seine Geburtsurkunde, aus der hervorgeht, dass er der Sohn von Selma Lamberg ist. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Kontoinhaberin weitere, noch lebende Erben hat.

Verbleib des Kontoguthabens

Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass das Konto am 21. September 1938 in die von den Nazis kontrollierte Länderbank in Wien übertragen wurde, zu einem Zeitpunkt also, als die Kontoinhaberin noch in Wien wohnhaft war. Da die Kontoinhaberin nicht imstande gewesen wäre, ihre Vermögenswerte in ihre Heimat zurückzuführen, ohne die Kontrolle über das Guthaben zu verlieren; da die Kontoinhaberin in Auschwitz umkam; da weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben in der Lage gewesen wären, Informationen über dieses Konto einzuholen, da die Schweizer Banken wegen ihrer Bedenken in Bezug auf eine doppelte Haftung Informationen über die Konten in ihren Antworten auf Anfragen von Seiten der Kontoinhaber entweder einbehielten oder falsch angaben, und unter Anwendung der Vermutungsregelungen (h) und (j), die in Artikel 28 der geänderten Version der Verfahrensregeln für die Beurteilung von Anspruchsanmeldungen auf bei Schweizer Banken hinterlegte Vermögenswerte („Verfahrensregeln“) niedergelegt sind (siehe Anhang A), kommt das CRT zu dem Schluss, es sei plausibel, dass das Kontoguthaben weder der Kontoinhaberin noch ihren Erben ausbezahlt wurde. Gestützt auf seine bisherige Rechtsgewinnung und die Verfahrensregeln wendet das CRT bei der Bestimmung, ob die Kontoinhaber oder ihre Erben das Guthaben ihrer Konten erhalten haben, unterstützende Vermutungsregelungen an.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das CRT kommt zu dem Schluss, dass ein Auszahlungsentscheid zu Gunsten des Ansprechers erlassen werden kann. Erstens sind die Anspruchsanmeldungen in Übereinstimmung mit den in Artikel 18 der Verfahrensregeln festgelegten Kriterien zulässig. Zweitens hat der Ansprecher plausibel dargelegt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um seine Mutter handelte. Dieses Verwandtschaftsverhältnis rechtfertigt einen Auszahlungsentscheid. Drittens hat das CRT festgestellt, es sei plausibel, dass weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben das Guthaben der beanspruchten Konten ausbezahlt erhielten.

Zugesprochener Betrag

Im vorliegenden Fall besass die Kontoinhaberin ein Konto unbekannter Art. Gemäss Artikel 29 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen wie im vorliegenden Fall der Wert eines Kontos unbekannt ist, der Durchschnittswert von Konten gleicher oder ähnlicher Kontoart im Jahre 1945 zugrunde gelegt, um den gegenwärtigen Wert des zugesprochenen Kontos zu berechnen. Auf der Grundlage der ICEP-Untersuchungen belief sich der durchschnittliche Wert eines Kontos unbekannter Art im Jahre 1945 auf 3'950.00 Schweizer Franken. Der heutige Wert dieses Betrags errechnet sich, indem der Kontostand gemäss Artikel 31(1) der Verfahrensregeln mit dem Faktor 12,5 multipliziert wird. Dies ergibt eine Auszahlungssumme von 49'375.00 Schweizer Franken.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Der Ansprecher wird darauf hingewiesen, dass das CRT gemäss Artikel 20 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend seine Anspruchsanmeldungen durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden seine Angaben auch mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) verglichen.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das CRT verweist diesen Auszahlungsentscheid zur Genehmigung an das US-Gericht, damit die Sonderbeauftragten die Auszahlungen vornehmen können.

Claims Resolution Tribunal
31 März 2005